

05. OKT. 2011

6/10/11

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abg. Gurgiser, Bodner, Willi, Frisch, Gasteiger u. a.

betreffend **Aus- bzw. Umbau und Sanierung der Raststätten in Angath incl. Errichtung zusätzlicher Lkw-Stellplätze Nord und Süd in Zusammenarbeit mit dem Straßenbetreiber und -erhalter ASFINAG**

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Tiroler Landtag ersucht die Eigentümerversprecherin der ASFINAG, Frau BMⁱⁿ Doris Bures, sämtliche Pläne betreffend Erweiterung der bestehenden Lkw-Stellplätze in Angath Nord und Süd zurückzustellen, um damit Zeit und Raum zu gewinnen, damit die begründeten Einwendungen wegen befürchteter zusätzlicher Lärm- und Schadstoffbelastungen geprüft werden können“

Begründung:

Wie mehrmals von der ASFINAG angekündigt, sollen am bestehenden Areal der Raststätten in Angath an der A 12 Inntalautobahn umfangreiche Ausbau- bzw. Umbau- und Sanierungsarbeiten stattfinden und im Zuge dessen zusätzliche Lkw-Stellplätze für den internationalen Lkw-Transitverkehr eingerichtet, ein Schutz- und Auwald gerodet und dadurch den bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen nach Einhaltung von Lärm- und Schadstoffgrenzwerten aus Sicht der betroffenen Bevölkerung nicht nachgekommen werden.

Die IST-Situation aus der Sicht der Gemeinde sowie der anrainenden Bevölkerung und Wirtschaft verlangt auf Grundlage nationaler und internationaler Verpflichtungen und Vorgaben eine deutliche Besserstellung als bloß neue Belastungen:

- **Dauerhafte Einhaltung bzw. Unterschreitung eines maximalen Lärmpegels** bei Tag von **60 dB**, während der Nacht von **50 dB**.
- **Dauerhafte Einhaltung** der in den europäischen Luftreinhaltgüterichtlinien und im IG-Luft umgesetzten **Schadstoffgrenzwerte**, die derzeit entlang der gesamten Inntalautobahn von der Staatsgrenze Kufstein bis weit nach Innsbruck und bis zum Brenner vor allem im Stickstoffdioxidbereich (NO₂) zwischen **50 bis 100 % im Jahresmittel überschritten** werden.

Weiter wird von Kennern der Sachlage festgestellt, dass sich weitere Lkw-Transit-Stellplätze sehr negativ auf die „dauerhafte gewünschte Effizienz“ der Kontrollstelle Kundl auswirken. Es ist bekannt, dass die Lkw-Parkplätze (und auch zahlreiche Pkw-Parkplätze) an beiden Raststätten immer dann von Transitlastern überbelegt sind, sobald zeitgleich die Kontrollstelle in Kundl in Betrieb ist. Diese wurde mit einem hohen Einsatz an Steuergeld im Jahr 2000 errichtet, hat sich bewährt und wird diese Woche die Baustufe III im Landtag beschlossen und vom Land Tirol mit € 1.450.000,00 mitfinanziert.

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass die ASFINAG mehrmals angekündigt hat, noch im Oktober 2011 ein „überarbeitetes Konzept“ bei den zuständigen Behörden zur Genehmigung einzureichen und dies durchaus auch ohne weitere Befassung mit der Gemeinde zu tun („**Wir bauen auch ohne Zustimmung der Gemeinde**“, so GF Klaus Fink von der ASFINAG-Tirol in der TT vom 29.08.2011).

Dazu meinen die Unterzeichner, dass es gerade in Tirol mit seiner einzigartigen Topografie in den engen Gebirgstälern mehr als nachbarschaftsfeindlich ist, Wünsche, Beschwerden, Anregungen von Nachbarn nicht ernst zu nehmen, sondern sich nur darauf zu berufen, dass man ohnedies „nur auf eigenem Grund baut“.

Diese Meinung, man „baue ohnedies nur auf eigenem Grund“, unterliegt einem gravierenden Irrtum. Die beiden „Transitbegleiter in Tirol“ – Lärm und Schadstoffe – haben bekanntlich die Eigenart, sich in Folge nicht nur auf „eigenem ASFINAG Grund und Boden“ **aufzuhalten** – sonst würde es diesen Konflikt ja nicht geben.

Sie strahlen lt. offiziellen Lärmkatastern nicht nur in die angrenzenden Gemeinden, sondern bis weit hinauf auf Plateaus bzw. Berggipfel und verursachen nachweisliche hohe Gesundheitsbelastungen (Lärm).

Sie dringen tief in die Atemwege bzw. Lungen der anrainenden Bevölkerung ebenso ein wie sie dafür verantwortlich sind, dass Betriebsansiedelungen bzw. –erweiterungen entlang der A 12 Inntalautobahn immer schwerer zu erreichen sind (Stickstoffdioxid und Feinstaub). Dieser Sachbefund ist seit Jahrzehnten auf Landes-, Bundes- und Europaebene bekannt und hat zu einer Reihe von Begrenzungen des Verkehrs geführt, die von Höchstgerichten bestätigt wurden (Lkw, Busse und Pkw) und wird nicht weiter ausgeführt.

Innsbruck, am 5. Oktober 2011

Karl Grunberger
Andreas
Paul Giller
Hubert